

Oberbürgermeister
Michael Kissel
Rathaus

Vorsitzender
Jens Guth
Telemannstr. 9
67551 Worms
Tel.: 06247/991790
Jens.Guth@t-online.de

11. Oktober 2008

Antrag zur nächsten Stadtratsitzung
- Interventionsstelle für Worms -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung einer Interventionsstelle für Worms und begrüßt und unterstützt damit das Bemühen der Verwaltung, der Polizeidirektion Worms und des „Runden Tisches“ des Wormser Interventionsprojektes für Maßnahmen gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen.

Begründung:

In Rheinland-Pfalz gibt es zurzeit 11 Interventionsstellen (in Mainz, Westerburg, Kaiserslautern, Trier, Ludwigshafen, Bad Kreuznach, Daun, Koblenz, Neuwied, Mayen und Ahrweiler).

Die Interventionsstellen sind Teil des rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG), das die Grundlagen für die Interventionsstellen in ihrer jetzigen Form gelegt hat.

Interventionsstellen arbeiten pro-aktiv, d. h., sie nehmen nach einem Polizeieinsatz Kontakt mit von Beziehungsgewalt betroffenen Frauen auf (wenn diese damit einverstanden sind). Die Interventionsstellen bieten neben einer psychosozialen Erstberatung Informationen über die rechtlichen Möglichkeiten an und erstellen in Zusammenarbeit mit Polizei und bei Mitbetroffenheit von Kindern auch mit den Jugendämtern einen Schutz- und Sicherheitsplan. Der Zugang zu den Betroffenen läuft über die polizeiliche Datenweitergabe.

Eine Evaluation hat ergeben, dass 93 Prozent der betroffenen Frauen sich bei erneuter Gefahr wieder an die Interventionsstelle wenden würden. Im Unterschied zu üblichen Beratungsstellen könnten mit diesem Ansatz auch Frauen erreicht werden, die von sich aus eine solche Stelle nicht aufsuchen würden.

Damit haben die Interventionsstellen auch eine präventive Wirkung und können weitere Gewalt verhindern.

Die Interventionsstellen werden mit bis zu 50.000,00 € durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Sport gefördert. Der Landtag Rheinland-Pfalz hat mit Beschluss vom Februar 2006 den weiteren Ausbau von Interventionsstellen und Täterarbeitseinrichtungen beschlossen.

Freundliche Grüße

(Jens Guth)